Informationen zur Datenverarbeitung der Landeshauptstadt Potsdam für die Bewerbung zum ehrenamtlichen Schiedsamt

(Stand: 24.09.2025)

Die nachfolgenden Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten werden Ihnen gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DS-GVO) zur Verfügung gestellt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landeshauptstadt Potsdam	<u>innerorganisatorisch zuständig</u>
Der Oberbürgermeister	Bereich: Recht und Versicherung
Friedrich-Ebert-Str. 79/81	Telefon: 0331 / 289 – 1553
14469 Potsdam	Fax: 0331 / 289 - 1531
	E-Mail: <u>recht-</u> <u>versicherungen@rathaus.potsdam.de</u>

2. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragte	Telefon: 0331 / 289 – 1082
der Landeshauptstadt Potsdam	Fax: 0331 / 289 – 841082
Friedrich-Ebert-Str. 79/81	E-Mail: datenschutz@
14469 Potsdam	rathaus.potsdam.de

3. Datenverarbeitung

Die Art der zu verarbeitenden personenbezogenen Daten ergibt sich aus dem Formular „Bewerbung als Schiedsperson für die Landeshauptstadt Potsdam gemäß § 48 Abs. 1 BbgSchGG (Stand: 24.09.2025)“, den durch die Bewerbenden eingereichten zusätzlichen Unterlagen (insbesondere einfaches Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde, ggf. Lebenslauf, Qualifikationsnachweise, Referenzen) sowie den bei Dritten zur Person der Bewerbenden erhobenen Daten (Schuldnerverzeichnis, Insolvenzbekanntmachungen, Googleuche). Es werden insbesondere folgende Daten verarbeitet: Name, Geburtsdatum, Meldeadresse, Kontaktdaten, Eignungskriterien, Ausschlusskriterien.

4. Zwecke und Grundlagen der Datenverarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden durch die Landeshauptstadt Potsdam im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Eignungsprüfung bei der Nachbesetzung ehrenamtlicher Schiedspersonen verarbeitet, Art. 6 Abs. 1 lit. c) und e) DS-GVO i.V.m. § 5 Abs. 1 BbgDSG, § 2 Abs. 1 BbgSchGG. Einzelne Daten können auch aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung verarbeitet werden, Art. 6 Abs. 1 lit. a) DS-GVO. Ihre Daten werden hierzu im Bereich Recht und Versicherung erfasst und ausgewertet. Anschließend werden die Bewerberdaten der Stadtverordnetenversammlung zur Auswahlentscheidung durch Wahl vorgelegt. Der Wahlbeschluss über die Bestellung als Schiedsperson wird im internetbasierten Ratsinformationssystem veröffentlicht. Zum Schluss werden der Wahlbeschluss, die Bewerbungsunterlagen sowie ggf. sonstige die Eignung betreffende Unterlagen an das Amtsgericht Potsdam zur Bestätigung der Wahl, der Verpflichtung und Berufung der/des Gewählten ins Ehrenamt weitergeleitet.

Gegebenenfalls verarbeiten wir Ihre Daten auch zur Klärung von Ansprüchen, etwa im Fall eines Rechtsstreits, wenn dies hierfür erforderlich ist, Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO.

Ohne die Erhebung und Nutzung der personenbezogenen Daten der Bewerbenden kann eine Berücksichtigung im Auswahlverfahren zur Wahl und Berufung als Schiedsperson nicht erfolgen.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern zugänglich gemacht:

a) innerhalb des Verantwortlichen	allen am Prozess der Auswahlentscheidung beteiligten Organisationseinheiten (z. B. Büro der Stadtverordnetenversammlung, Stadtverordnete); sonstigen mit zentralen Aufgaben betrauten Organisationseinheiten;
b) Auftragsverarbeitern, Art. 28, 29 DS-GVO	sorgfältig ausgewählten Dienstleistern, die nur im Rahmen der strengen Auflagen einer Datenverarbeitung im Auftrag für die Landeshauptstadt Potsdam tätig werden;
c) Dritten	Amtsgericht Potsdam als für die Verpflichtung und Berufung ins Ehrenamt zuständige Stelle; sonstigen Dritten im Rahmen gesetzlicher Verpflichtungen (z. B. Aufsichtsbehörden) oder berechtigter Interessen (z. B. Gerichte, Rechtsanwälte, Versicherer).

Eine Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation findet nicht statt.

7. Dauer der Speicherung

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt nur so lange, wie dies für den jeweiligen Zweck erforderlich ist. Die Speicherung erfolgt mindestens bis zur finalen Besetzung der offenen Stelle und Berufung als Schiedsperson bzw. im Falle einer Ernennung bis zum Ablauf der Amtszeit und einer erfolgreichen Nachbesetzung und höchstens so lange, wie berechnete Interessen der Landeshauptstadt Potsdam bzw. gesetzliche Aufbewahrungsfristen dies notwendig machen.

8. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat bei Vorliegen der Voraussetzungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- Im Falle einer erteilten Einwilligung zur Datenverarbeitung: ein jederzeitiges Widerrufsrecht (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)

(Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.);

- ☒ Auskunftrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO);
- ☒ Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO);
- ☒ Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO);
- ☒ Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft
 (Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.);
- ☒ Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO)
 (Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.);
- ☒ Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO).

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde kann gerichtet werden an:

Die Landesbeauftragte
für den Datenschutz und
für das Recht auf Akteneinsicht
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow

Telefon: 033203 / 356 - 0
Fax: 033203 / 356 - 49
E-Mail: poststelle@lda.brandenburg.de